

04/2005

»der freie Wähler«

Erscheinungsweise: vierteljährlich
Postvertriebsstück Nr. B 8837 F



Liebe Freie Wählerinnen und Freie Wähler,

das Jahr 2005 neigt sich seinem Ende zu. Wir können auf ein bewegtes Jahr zurück blicken, das in vielfacher Weise unser Engagement gefordert hat. Wir schauen zurück auf gewaltige Naturkatastrophen in vielen Regionen unsere Erde. Ich weiß, dass sich zahlreiche Freie Wähler beim Sammeln von Spenden für unsere Mitmenschen eingesetzt haben, die durch die Naturgewalten zum Teil ihr gesamtes Hab und Gut eingebüßt haben. Dafür danke ich Ihnen herzlich.

Auch politisch können wir ein ereignisreiches Jahr Revue passieren lassen. Im Frühjahr ist es uns gelungen, den Vorstoß des Bayerischen Innenministers zur Abschaffung der kommunalen Stichwahl abzuwehren und damit ein wichtiges Grundelement unserer politischen Ordnung zu bewahren. Die Bundestagswahl im September hat uns zum zweiten Mal in Geschichte unserer Republik eine Große Koalition beschert. Wir können den verantwortlichen Frauen und Männern in Berlin nur viel Glück wünschen, damit sie für unser Gemeinwesen die richtigen Antworten auf die großen wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen finden. Wir alle wissen, dass jeder einzelne von uns in Zukunft größere Lasten zur Konsolidierung unseres Staates tragen müssen. Gerade uns Freien Wählern fällt dabei eine wichtige Rolle zu. Wir werden darauf zu achten haben, dass die große Politik in Berlin nicht einseitig die Menschen und Institutionen mit der geringsten Lobbykraft in unserem Land unverhältnismäßig stark belasten. Dies gilt für un-

sere Familien, in denen immer weniger Kinder leben. Dies gilt für die Kranken und die Alten in unserer Gesellschaft, für die wir bei aller Knappheit der Mittel ein menschenwürdiges Dasein sichern müssen. Und dies gilt für unsere Kommunen, denen Bund und Land wie eh und je finanzielle Belastungen zur Sanierung der eigenen Haushalte zumuten. Wir Freien Wähler müssen darauf drängen, dass eine gerechte Gemeindefinanzreform auf den Weg gebracht wird. Wir Freien Wähler werden uns verstärkt dafür einsetzen müssen, dass nicht radikale Mittelkürzungen, wie sie nun z.B. beim Personennahverkehr durch die neue Regierung angekündigt werden, zu einem Ausbluten unserer Regionen führen.

Liebe Freie Wählerinnen und freie Wähler, ich glaube, dass wir in besonderem Maße geeignet sind, für den Erhalt unserer Heimat mit Erfolg zu kämpfen. Wir Freien Wähler sind die Anwälte unserer Kommunen. Mit unserer pragmatischen und nur an der Sache orientierten Politik sind wir prädestiniert, den taktischen und ideologischen Winkelzügen der Parteien entschlossen die Stirn zu bieten. Wie die schweren Erschütterungen, die die CSU nun zu durchstehen hat, zeigen, haben die Menschen in unserem Land die Nase voll vom Hü und Hott und der ewigen Taktiererei der Parteistrategen. Sie wollen Repräsentanten, die wirklich nahe am Menschen sind und einen geradlinigen und glaubwürdigen Weg aufzeigen. Meine Kontakte mit unseren Mitbür-



gerinnen und Mitbürgern in den letzten Monaten zeigen mir, dass in dieser Situation die Hoffnungen verstärkt auf den Freien Wählern ruhen. Ich

setze auf Ihre Mithilfe, dass wir die Hoffnungen, die unserer Bürgerinnen und Bürger in unseren Gemeinden und im Freistaat auf uns setzen, erfüllen können.

Meine lieben Freien Wählerinnen und Freien Wähler, im kommenden Frühjahr werde ich den Vorsitz im FW-Landesverband nach rund 27 Jahren in jüngere Hände legen. Ich danke Ihnen für das Vertrauen und die Unterstützung, die Sie mir in all den Jahren geschenkt haben. Ich danke Ihnen für Ihr Engagement, mit dem sie dazu beigetragen haben, dass die Freien Wähler heute die große Bürgerbewegung in Bayern sind. Ich bin überzeugt, dass sich dieses Engagement in den nächsten Jahren verstärkt in einer erfolgreichen Kommunalpolitik und im Einzug in den nächsten Bayerischen Landtag niederschlagen wird.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien ein gesegnetes Weihnachtsfest sowie ein glückliches und friedvolles Neues Jahr und verbleibe herzlichst.

Ihr

Armin Grein,
FW-Landesvorsitzender

Aufbruch ins Ungewisse?

DAS NEUE BAYERISCHE KINDERGARTENRECHT

Von Peter Meyer, FW-Bezirksjustiziar Oberfranken

Am 1. August 2005 ist nach mehrjähriger Diskussion und auch heftigen öffentlichen Protesten das Bayerische Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz und Änderungsgesetz -BayKiBiG- in Kraft getreten. Die bedeutendsten Eckpunkte der Neuregelung sind die Betonung der Qualität, die Abkehr von der pauschalen Personalkostenförderung hin zur kindbezogenen Einzelförderung sowie die Festschreibung der kommunalen Bedarfsplanung.

Kindertagesbetreuung ist umfassend zu verstehen: Kindergarten, -Krippe und -Hort sowie Kinderhäuser als Mischung aller drei Einrichtungsarten stehen gleichrangig nebeneinander. Die Tagespflege kommt mit Einschränkungen noch hinzu. Auch die Netze für Kinder und Waldkindergärten erfahren ihre Anerkennung.

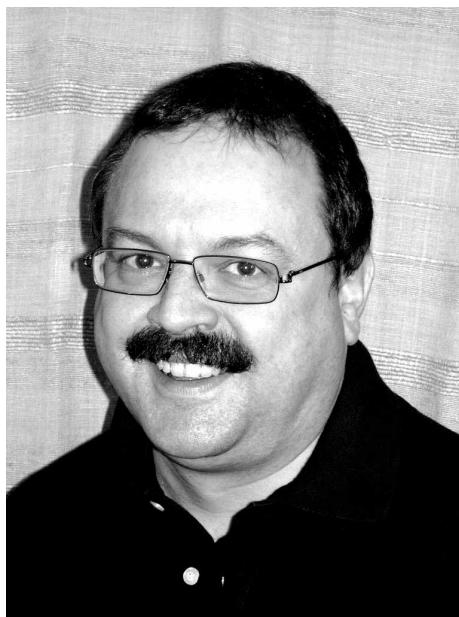
Bildung, Erziehung und Betreuung

Bildung, Erziehung und Betreuung - diese Begriffstrias zieht sich wie ein roter Faden durch das Gesetz hindurch. Damit wird der Bezug zum bayerischen Bildungs- und Erziehungsplan, der seit 2004 verbindlich ist, hergestellt. Kindertagesbetreuung nach dem BayKiBiG versteht sich eben nicht als einfache Kinderbeaufsichtigung, sondern als Bildungseinrichtung, auch in Verzahnung mit den Grundschulen. Nur bei Einhaltung dieses Qualitätsstandards erfolgt auch kommunale und staatliche Förderung.

Kindbezogene Förderung

Die Befürchtungen von Kommunen, Trägern und Eltern, die kindbezogene Förderung werde für so manche Einrichtung das Ende bedeuten oder zumindest das finanzierbare Angebot deutlich vermindern, halten sich hartnäckig. Ob dies Panik oder der Ausdruck begründeter Sorgen ist, kann häufig noch nicht abgeschätzt werden. Denn erst ab 1.9.2006 erfolgt in allen Einrichtungen die kindbezogene Abrechnung. Von Staat und Kommune wird dann nur für jeden einzelnen, tatsächlich belegten Platz bezahlt.

Flexibilisierung bei Träger und Personal für die Schaffung eines passgenauen Angebots nach den Bedürfnissen der Eltern darf man verlangen. Die Träger sind jedoch zum großen Teil tarifrechtlich gebunden, so dass diese Flexibilisierung auf Schwierigkeiten stoßen kann. Die auftretenden arbeitsrecht-



lichen Fragen, etwa ob und wie der Träger den bisherigen Personalstand dem möglicherweise zu verändernden Angebot anpassen kann, beantwortet das BayKiBiG nicht - formaljuristisch zu Recht. Dennoch: Darf der Staat Träger und Personal hier einfach im sprichwörtlichen Regen stehen lassen?

Natürlich tut der viel zitierte „demografische Faktor“ ein Übriges. Dass die Zahl der Kinder in den Einrichtungen stetig abnimmt, darf man nicht dem BayKiBiG anlasten. Neben der Zahl der Kinder in der jeweiligen Einrichtung wird daher auch das Buchungsverhalten der Eltern für den Träger wirtschaftlich entscheidend sein: Wieviel Bildung, Erziehung und Betreuung wollen - oder sagen wir lieber: können - sich Eltern für ihre Kinder leisten? Eine gewisse Entschärfung kann in der Altersöffnung der Kindergärten für Krippenkinder und Hortbetreuung liegen. Dies erfordert allerdings bei den Trägern auch neue Wege in konzeptioneller Hinsicht.

Kommunale Bedarfsplanung

Von den Sorgen über die künftige Finanzierung abgesehen kommt mit der Bedarfsplanung eine hohe Herausforderung auf die Gemeinden zu. Es ist eine verlässliche Zukunftsprognose über den zu erwartenden konkreten Bedarf an Betreuungsplätzen zu erstellen und fortzuschreiben. Dieser festgestellte Bedarf ist von der Gemeinde im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit abzudecken. Nicht zu vergessen dabei: die Betonung der kommunalen Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden.

Die Übergangsvorschrift, wonach wenigstens die nach bisherigem Recht spätestens bis 31.07.2005 anerkannten Kindergärten mit all ihren Kapazitäten (nicht: Hort- und Krippenplätze!) bis zum 31.8.2008 als bedarfsnotwendig anerkannt gelten, entbindet die Gemeinden in der Anfangsphase von einer vorschnellen und mit heißer Nadel gestrickten Bedarfsplanung. Wohl der Kommune, die auf eine gute Jugendhilfeplanung ihres Landkreises zurückgreifen darf. Dort kann schon hilfreiche Vorarbeit geleistet sein. Ansonsten herrscht noch tiefe Unsicherheit, wie diese Bedarfsplanung denn überhaupt durchzuführen sein soll. Hier ist noch erhebliche staatliche Beratung und Unterstützung erforderlich.

Nicht unbedingt leicht zu beantwortende Fragen: An welchen Kriterien ist der zukünftige Bedarf festzumachen? Wo verläuft die Grenze zwischen bloßen Wünschen der Eltern nach Belegung einer Einrichtung mit besonderer pädagogischer Ausrichtung und dem zwingenden Bedarf? Ist eine Gemeinde wirklich verpflichtet, Plätze in der Nachbargemeinde zu finanzieren, während im örtlichen Kindergarten freie Kapazitäten brach liegen? Hier kollidieren der politisch stets betonte Elternwille nach freier Wahl der Einrichtung und die fiskalischen Interessen und Möglichkeiten der Kommunen doch erheblich. Die als Ausgleich vorgesehene Gastkinderregelung wird die Hoffnungen vieler Eltern wohl nicht ausreichend erfüllen können.

Ausblick

Ob die Kindertagesbetreuung mit dem BayKiBiG auf Dauer eine auskömmliche Finanzierung erfährt, wird sich zeigen müssen. Etwaige Korrekturen sind allerdings bei Berücksichtigung der staatlichen und insbesondere der kommunalen Haushaltslage wohl so schnell nicht ernsthaft zu erwarten.

Die Gemeinden müssen die Bedarfsplanung als andauernden Prozess begreifen - und sich vielerorts deutlich mehr als bisher auch den Bedürfnissen einer großen Zahl von Eltern nach Kinderbetreuung zur Vereinbarkeit von Familie einerseits und Berufstätigkeit von Frauen andererseits stellen. Bei der Betreuung von unter Dreijährigen besteht wohl noch deutlicher Nachholbedarf. Das vielgescholtene BayKiBiG ist auch eine Chance zum Aufbruch. Nutzen wir sie zur Gestaltung der Zukunft unserer Kinder.

SEMINARKALENDER 1/2006

Termin	Referent	Thema	Veranstaltungsort
Januar			
27.1.	Fr Meyer	Das neue Kinderbildungs- und Betreuungsgesetz	Oberbayern-Ost, Altenmarkt a.d. Alz
Februar			
3.2.	Fr Schmitz M.	Kommunen ins Internet	Schwaben, Lindau
4.2.	Fr Kaim	Rhetorik Teil II	Schwaben Mindelheim
17.2.	Fr Schmitz M.	Kommunen ins Internet	Schwaben Günzburg/Neu-Ulm
18.2.	Sa	Jahreshauptversammlung BKB	
März			
17.3.	Fr Meyer	Das neue Kinderbildungs- und Betreuungsgesetz	Oberfranken, Plech
17.3.	Fr Wamser	Grundlagen zum Beitrags- und Gebührenrecht	Oberpfalz, Vilseck
17.3.	Fr Taubmann	Straßenausbaubeitragsrecht	Unterfranken-West Würth
18.3.	Sa Taubmann	Haushalt, Rechnungsprüfung	Schwaben, Augsburg
24.3.	Fr Stock	Verkehrsleitplanung das A § O	Mittelfranken
25.3.	Sa A. Schmitz	Das Kommunalprojekt - Mit Projektmanagement politische Themen voranbringen	Oberfranken Krs. Hof
25.3.	Sa Stallmeister	Öffentlichkeits- und Pressearbeit	Oberfranken, Kronach
25.3.	Sa Kleiber	Haushaltsjahr - mehr als nur vier Jahreszeiten	Oberbayern West, Maisach
25.3.	Sa A. Schmitz	Kommunikationstraining und öffentliche Auftritte in der Kommunalpolitik	Oberpfalz, Gebenbach
31.3.	Fr Peetz	Vergleich der Rechnungssysteme Kameralistik-Doppik	Oberfranken Krs. Kronach
31.3.	Fr Graubmann	Erfolgreiche Jugendarbeit in der Kommune	Schwaben, Augsburg
April			
1.4.	Sa Graubmann	Erfolgreiche Jugendarbeit in der Kommune	Oberfranken, Krs. Hof
1.4.	Sa Kleiber	Rechnungsprüfung	Schwaben Donau Ries
1.4.	Sa Wagner	Die Bayerische Bauordnung	Oberpfalz, Pettendorf
7.4.	Fr Graubmann	Erfolgreiche Jugendarbeit in der Kommune	Oberpfalz
7.4.	Fr Haller	Mobilfunk und Sendetürme	Oberfranken Krs. Forchh.
7.4.	Fr Taubmann	Die erfolgreiche Präsentation der eigenen Person	Oberbayern West Wolnzach
7.4.	Fr Forman	Kommunen im Internet - Gestaltung und Pflege eines Internetauftritts mit einem Content Management System (CMS)	Mittelfranken
Mai			
6.5.	Sa Forman	Kommunen im Internet - Gestaltung und Pflege eines Internetauftritts mit einem Content Management System (CMS)	Oberbayern Bad Tölz
6.5.	Sa Kolenda	Die örtliche Rechnungsprüfung	Oberpfalz, Windischeschenb.
6.5.	Sa Mend	Wahlen 2006	Unterfranken-West
20.5.	Sa Taubmann	Erschließungsbeitragsrecht	Oberpfalz, Cham
20.5.	Sa Haller	Mobilfunk und Sendetürme	Mittelfranken
Juni			
23.6.	Fr Stock	Mobilität in Städten und Kommunen	Unterfranken-West, Erlenb.
24.6.	Sa Haller	Mobilfunk und Sendetürme	Oberbayern München-Land
30.6.	Fr Stallmeister	Modernes Kommunalmanagement (Umsetzung von Elementen des Neuen Steuerungsmodells einschließlich Umstellung auf kaufmännische Buchführung)	Mittelfranken
Juli			
7.7.	Fr Stallmeister	Modernes Kommunalmanagement	Oberbayern-West Dießen/ A
8.7.	Sa Forman	Kommunen im Internet - Gestaltung und Pflege eines Internetauftritts mit einem Content Management System (CMS)	Mittelfranken
14.7.	Fr	Dienstbesprechung Referenten BKB-Mitarbeiter	
15.7.	Sa	Dienstbesprechung Referenten BKB-Mitarbeiter	

Bitte beachten Sie, dass sich an unserem Seminarangebot kurzfristig Änderungen ergeben können. Die aktuelle Übersicht über die BKB-Seminare erhalten Sie auf

unserer Homepage www.bkb-bayern.de. Auch die kleinen regionalen Seminare von etwa zwei Stunden finden Sie dort verzeichnet. Selbstverständlich haben sie

die Möglichkeit, sich direkt auf unserer Homepage für ein Seminar anzumelden.

www.bkb-bayern.de

Die Zusammenführung von Landesverband und Wählergruppe ist vorerst gescheitert

Von Dr. Michael Piazolo, FW-Landesjustiziar

Der seit langem bei den Freien Wählern vorhandene Wunsch einer satzungsmäßigen Zusammenführung unserer zwei Verbände lässt sich nach einer schriftlichen Auskunft des Bayerischen Innenministeriums ohne das Risiko, bei den nächsten Landtagswahlen nicht zugelassen zu werden, momentan nicht erfüllen.

Doch noch einmal der Reihe nach: Mehr als ein Jahr hat eine Arbeitsgruppe des Landesvorstandes daran gearbeitet, eine neue Satzung zu entwerfen, die es erlauben sollte, Landesverband und Wählergruppe der Freien Wähler zu fusionieren. Es ging darum, die für Bürger wie Mitglieder nicht immer nachvollziehbare Doppelstruktur der Freien Wähler Bayern aufzulösen, um so Transparenz und Schlagkraft im Hinblick auf die Kommunal- und Landtagswahl zu erhöhen. Unser Bemühen war getragen von vier Leitgedanken:

- Durch die Zusammenführung sollte keiner der beiden Vereine inhaltlich und organisatorisch aufgegeben werden.
- Der bisherige Charakter der Freien Wähler als Wählergemeinschaft sollte unbedingt beibehalten werden. Die Umwandlung in eine Partei kam damit für uns nicht in Frage.
- Die Zusammenführung sollte mit so wenig Änderungen wie möglich einher gehen.
- Das Vorhaben sollte rechtlich möglich, verbandspolitisch sinnvoll und mehrheitsfähig umgesetzt werden.
- Von diesen Prämissen ausgehend haben wir einen Vorschlag erarbeitet, der wahlrechtlichen und vereinsrechtlichen Aufgaben streng unterschied und in drei wesentlichen Punkten Neuerungen enthielt:
- Mitglieder sollten sowohl natürliche Personen - wie bisher in der Wählergruppe - als auch Vereine - wie bisher im Landesverband - sein können.
- Für die einheitliche und gemeinsame Mitgliederversammlung wurde ein unterschiedlich gewichteter Delegiertenschlüssel festgelegt.
- Es wurde bestimmt, dass nur die persönlichen Mitglieder Kandidaten für die Landtags- und Bezirkstagswahlen aufstellen können. Für die Durchführung wurden sog. Stimmkreisbeauftragte installiert.



Der Satzungsentwurf wurde dann im Landesvorstand diskutiert und vorläufig verabschiedet. Nachdem wir die wesentlichen Inhalte auf unserer Landesdelegiertenversammlung in Ingolstadt vorgestellt haben, ist die neue Satzung zur Begutachtung dem Innenministerium zugeleitet worden.

Begutachtung des Satzungsentwurfs durch das Innenministerium

Das Innenministerium beanstandet im wesentlichen an der Fusionsatzung, dass diese neben den persönlichen Mitgliedern auch die korporative Mitgliedschaft von Orts- und Kreisverbänden zulasse. Dies gebe es bei den anderen Parteien nicht und verstoße gegen das Prinzip der „Wahlgleichheit“. Man sah die Gefahr einer unzulässigen Beeinflussung möglicher Mandatsträger durch die juristischen Personen, sprich durch unsere Orts- und Kreisverbände.

Dieser Argumentation können wir aus mehreren Gründen nicht folgen. Zum einen sind wir keine Partei, möchten keine sein und können deshalb auch nicht mit den gleichen Maßstäben gemessen werden. Zum anderen haben wir dem Wahlgrundsatz „eine Person, eine Stimme“ dadurch Rechnung getragen, dass nur die persönlichen Mitglieder des zusammengelegten Verbandes an der Kandidatur und Kandidatenaufstellung zur Landtags- und Bezirkswahl mitwirken können.

Wir sind keine Partei und möchten auch keine sein

Inwieweit die gutachterliche Stellungnahme auch „politisch“ bedingt war, um einen unliebsamen Konkurrenten der CSU das Antreten bei der Landtagswahl zu erschweren, entzieht sich unserer Kenntnis. Jede Aussage wäre insoweit höchst spekulativ. Wir erkennen aber ausdrücklich die Kooperationsbereitschaft der Beamten des Innenministeriums an, die sich ohne rechtliche Verpflichtung zur Prüfung unseres Satzungsentwurfs zu diesem frühen Zeitpunkt bereit gefunden haben.

Die Ablehnung unseres Satzungsentwurfs stellt sicher einen kleinen Rückschlag auf dem Weg zu einem erfolgreichen Wahljahr 2008 dar, wir lassen uns aber von unserem Ziel, beim nächsten Mal noch erfolgreicher bei Kommunal-, Bezirks- und Landtagswahl abzuschneiden, nicht abbringen. Sicherlich wäre es zu riskant entsprechend dem Prinzip „Augen zu und durch“ die Satzung trotz ablehnender Stellungnahme zu verabschieden. Wesentliche Anliegen sollten wir nun aber erst recht verwirklichen. Was rechtlich scheinbar nicht möglich ist, sollte politisch umgesetzt werden. Es gilt nun, bei den nächsten Delegiertenversammlungen zumindest die personelle Einheitlichkeit der jeweiligen Vorstandschaften zu erreichen, um so nach innen und außen unsere Geschlossenheit zu demonstrieren.



Die Freien Wähler Altötting mit ihrer Vorsitzenden Barbara Wibmer waren im November beim politischen Frühshoppen der Freien Wähler Hallbergmoos (Landkreis Freising) zu Gast. 35 Teilnehmer diskutierten intensiv örtliche Schul- und Kindergartenfragen sowie Probleme bei der Erstellung und Umsetzung von Gemeindeentwicklungsprogrammen. Nachdem die Altöttinger Gäste im Rathaus vom Ersten Bürgermeister Klaus Stallmeister und vom 2. Bürgermeister Karl-Heinz Zenker empfangen wurden, folgte eine Besichtigungsfahrt durch das Industriegebiet von Hallbergmoos. Bei einem weiteren Treffen im kommenden Sommer in Altötting wollen die Freien Wähler ihren kommunalpolitischen Gedanken- und Erfahrungsaustausch vertiefen.

In eigener Sache

Liebe FW-Freunde, liebe Bezieher unseres Mitteilungsblattes,

ein arbeitsreiches und ereignisreiches Jahr liegt wiederum hinter uns. Wir sind mit unserer Geschäftsstelle von Marktheidenfeld nach Thurnau umgezogen, nachdem Frau Erika Väh die Tätigkeit bei uns aus privaten Gründen beendete. Wir danken für ihr jahrelanges engagiertes Wirken. Frau Gabriele Förster betreut nun das BKB und hat sich in kürzester Zeit in das Aufgabenfeld eingearbeitet, herzlichen Dank! Unsere neue Adresse ist: BKB Geschäftsstelle; Marktplatz 7, 95349 Thurnau, Tel.: 09228-9969566. An dieser Stelle nochmals Dank an das Umzugsteam!

Das neue Bildungsangebot für das kommende Jahr beginnt ab Februar 2006. Wir bitten alle Orts- und Kreisvorsitzenden, Einladungen Ihrer Bildungsbeauftragten, die genaue Orts- und Zeitangaben für Seminare enthalten, unbedingt rechtzeitig weiterzuge-

ben. Dadurch ist gewährleistet, dass unsere Bildungsangebote, welche durch öffentliche Gelder des Innenministeriums finanziert werden, von Mandatsträgern und allen, die sich für Kommunalpolitik interessieren, besucht werden können.

Jeder Interessent kann sich außerdem selbst über unsere Homepage www.bkb-bayern.de informieren. Auch kleine Bildungsveranstaltungen werden dort veröffentlicht. Hierbei ein herzlicher Dank an Herrn Michael Schmitz für sein Engagement. Die Versandkosten für den „freien Wähler“ sind sehr hoch. Um diese zu verringern, möchten wir die neuen Medien nutzen und bitten um Ihre Email-Adressen.

Überörtlich interessante Themen aus ihrem örtlichen Bereich (Gemeinde, Kreis, Stadt oder Bezirk) veröffentlichen wir gerne. Wir bitten, Disketten oder E-Mails mit Texten und guten Bildern an Michael Fischl (FW-Landesgeschäftsstelle, Tsingtauer Straße 44 b, 81827 München, gstelle@freie-waehler.de) oder Waltraut Wellenhofer (Wiesental 23, 86399 Bobingen-Sträßberg, Tel-Fax.: 08234-2317) zu

senden. Die Organisation des Seminarkalenders obliegt grundsätzlich Herrn Klaus Förster. Bei Seminarwünschen zusätzlich zum offiziellen Angebot bitten wir, sich mit dem Bildungsbeauftragten in Ihrem Bezirk in Verbindung zu setzen. Dieser wird sich sodann an die Bildungsleitung wenden.

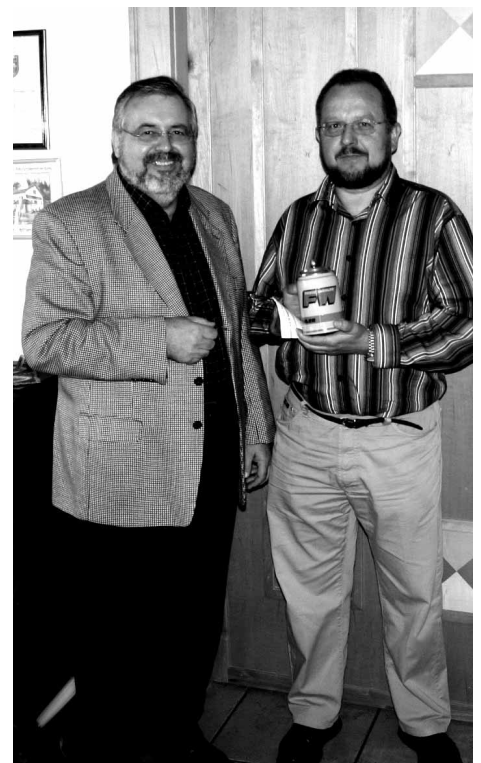
Zum Jahresende bedanken wir uns bei unseren Ersten Vorsitzenden des BKB, Herrn Volker Heiduk, beim Zweiten Vorsitzenden und FW-Landesvorsitzenden, Herrn Armin Grein, bei Herrn Michael Schmitz und bei unserer Geschäftsstelle mit Frau Gabriele Förster, ebenso bei Herrn Michael Fischl für seine Hilfen bei FW-Texten. Dank allen Bildungsbeauftragten und Referenten für die gute Zusammenarbeit. Auch ein Dankeschön unseren Ansprechpartnern im Innenministerium.

Wir wünschen Ihnen mit Ihren Familien ein gesundes, erfolgreiches Jahr 2006.

Waltraut Wellenhofer, Bildungsleiterin
Klaus Förster, Dritter Vorsitzender des BKB



Zwei Freie Wähler konnten sich bei zeitgleich mit der Bundestagswahl statt findenden Bürgermeisterwahlen durchsetzen. In Frammersbach (Lkr. Main-Spessart) siegte Peter Franz deutlich mit 71 Prozent gegen seinen Konkurrenten von der CSU. In Leinburg (Lkr. Nürnberger Land) setzte sich Joachim Lang, der ebenso wie Peter Franz erstmals für das Amt des Bürgermeisters kandidierte, in der Stichwahl mit fast 54 Prozent gegen den Kandidaten der SPD durch. Unser Bild zeigt Joachim Lang beim Ablegen des Amtseids (links der 2. Bürgermeister Hans Lenz, ebenfalls FW). Foto: Dietl. Unmittelbar vor Redaktionsschluss dieser Ausgabe konnten sich die Freien Wähler über einen weiteren großen Wahlsieg freuen. In Neumarkt (Oberpfalz) heißt der neue Oberbürgermeister Thomas Thumann. Der 39 Jahre alte Rechtsanwalt eroberte bereits im ersten Wahlgang mit 53,6 Prozent den Neumarkter OB-Sessel, den seit 1945 ununterbrochen CSU-Bewerber inne hatten. Wir gratulieren herzlich!



Der stellvertretende BKB-Vorsitzende Klaus Förster bedankte sich am Rande eines BKB-Seminars beim Plecher Bürgermeister Karlheinz Escher mit einem FW-Bierkrug für die intensive Unterstützung des Bildungswerks und die langjährige gute Zusammenarbeit.



Hauptredner für die Freien Wähler war auf dem Gillamoos der niederbayerische Bezirksvorsitzende Hubert Aiwanger

FW-Veranstaltung auf dem „Gillamoos“ ein voller Erfolg

Erstmals haben sich die Freien Wähler in die berühmte „Redenschlacht“ auf dem Gillamoosvolksfest im niederbayerischen Abensberg eingeschaltet. Nach der Begrüßung durch den Kelheimer Kreisvorsitzenden Jörg Nowy rechnete der niederbayerische Bezirksvorsitzende Hubert Aiwanger mit der Politik der Parteivertreter, die in den anderen Festzelten sprachen, ab. Unter dem Motto „schwarz-rot-grün ist der Ruin“ forderte Aiwanger im vollen Weißbierstadel vor gut 300 Zuhörern, darunter vielen FW-Bürgermeistern, eine Politik, welche die Interessen des Bürgers und des Mittelstandes wieder in den Mittelpunkt stellt anstelle die Großkonzerne einseitig zu bevorzugen. Es müsse aber auch bei den Ausgaben im Sozialbereich genauer hingeschaut werden, wer wirklich hilfsbedürftig ist und wer nur auf Kosten der Solidargemeinschaft lebt. Es sei außerdem ein Armutszeugnis für den vielgerühmten „Bildungsstandort Bayern“, der laut Staatsregierung nur den „Rohstoff Geist“ besitze, dass Tausende von Lehrern fehlten und viele Schüler nicht optimal betreut in überfüllten Klassen sitzen müssten. Bayern brauche wieder eine unabhängige, bürgernahe Politik, und dafür stünden die Freien Wähler, die im Jahr 2008 in den Landtag einziehen müssten.

Freie Wähler in Unterfranken mit neuem Bezirksvorstand

Dr. Hans Jürgen Fahn wieder zum Vorsitzenden gewählt

Die Freien Wähler in Unterfranken haben auf ihrer Bezirksversammlung in Kürnach einen neuen Vorstand gewählt. Neu im Vorstand ist der Bürgermeister und Kreisrat aus Kleinlangheim, Roland Lewandowski (Landkreis Kitzingen), der neben dem wiedergewählten Manfred Dülk (Kürnach) nun stellvertretender Bezirksvorsitzender ist.

Alter und neuer Bezirksvorsitzender ist der 53jährige Gymnasialpädagoge Dr. Hans Jürgen Fahn (Erlenbach, Landkreis Miltenberg), der bereits seit 1994 den Bezirksverband anführt und in Kürnach nun zum sechsten Mal wieder gewählt wurde. Im neuen Bezirksvorstand sind erstmals alle Landkreise in Unterfranken vertreten, weil durch die Neuwahl des Kreisvorsitzenden von Rhön-Grabfeld, Rudolf Gläsner, der letzte weiße Flecken in Unterfranken verschwunden ist.



Einen neuen Bezirksvorstand wählten die FW Unterfranken auf ihrer Bezirksversammlung in Kürnach. Auf dem Bild v. li. n. re.: Bürgermeister Roland Lewandowski (stv. Bezirksvorsitzender), Landrätin Tamara Bischof, H. Keller, Bezirksvorsitzender Hans Jürgen Fahn, stv. Bezirksvorsitzender Manfred Dülk und Schriftführer Stefan Danningner

Freie Wähler Mainleus immer aktiv

Mit einem eigenen Stand sind die FREIEN WÄHLER Mainleus am Weihnachtsmarkt vertreten. So manches nette Gespräch entwickelt sich und auch Anliegen von Gemeindegürgern lassen sich bei Weihnachtsgebäck und einem Glühwein leicht „an den Mann“ bringen. Dass Aktivität auch beim Bürger Erfolg zeigt, wird in Mainleus deutlich. So wurde bei der jüngsten Bürgermeisterwahl Dieter Adam von den FREIEN WÄHLERN zum Gemeindeoberhaupt gewählt. Neuer Kreisvorsitzender im Landkreis Kulmbach ist seit weni-



Im Bild von rechts: Bürgermeister Dieter Adam, Ortsvorsitzender Herbert Pieper, Kreisvorsitzender Ulrich Gödde und Bezirksvorsitzender Klaus Förster im Gespräch mit einigen Mainleuser Bürgerinnen.

gen Tagen Ulrich Gödde, der Mitglied im Ortsverband Mainleus ist. Die rührige Vereinsarbeit der FW Mainleus bezeichnete Bezirksvorsitzender Klaus Förster bei seinem vorweihnachtlichen Besuch als beispielhaft und nachahmenswert.

20 Jahre Freie Wählergemeinschaft Gemeinde Petersaurach

Neun silberne und vier bronzene Ehrennadeln konnte die mittelfränkische Bezirksvorsitzende Karin Knorr beim Festabend zum 20-jährigen Bestehen der FWG Petersaurach verdienten Mitgliedern überreichen.

Gegründet am 6.3.1985, stellte die Gruppierung zunächst fünf Gemeinderäte, darunter den zweiten Bürgermeister, ab 1996 sogar den ersten Bürgermeister und ist seit 2002 mit dem ersten Bürgermeister und sieben Gemeinderäten stärkste Kraft im 20-köpfigen Gremium.

Beim Festabend referierte nach Begrüßung und Grußworten der Kreisvorsitzende und Sprecher der zehnköpfigen Fraktion im Ansbacher Kreistag, Bürgermeister Heinz Henninger aus Diethofen, der die Schirmherrschaft übernommen hatte, über die Situation der FW in Bayern, sodann Bürgermeister und Kreisrat Hans Fischer aus Petersaurach über die Gemeindepolitik. Der Orts- und Kreisgruppenvorsitzende Kurt Müller zeichnete die erfolgreiche Entwicklung der Wählergemeinschaft nach. Eine selbst verfasste Festschrift, die auf der Titelseite ein Jubiläumslogo mit der FW-Sonne trägt, wurde an Mitglieder und Ehrengäste verteilt. Die FW-Kreistagsfraktion war fast



Bei der 20-Jahrfeier der FWG Petersaurach wurden für ihre besonderen Verdienste geehrt (v. li. n. re.): Johann Fuckerer, Hans Doppelhammer, Hans Wolf, Thomas Knapp, Dagmar Sommer-Lehnert, Kurt Bernhard Müller, Helmut Geißendörfer, Ulrich Hufnagel, Hans Seßner, Hans Knapp, Hermann Frauenschläger und Hans Fischer. Nicht abgebildet ist Heinrich Czмок. (Foto: Franziska Eischer)

vollzählig erschienen, nebst dem zweiten Bürgermeister der Gemeinde, den Vorsitzenden und weiteren Vertretern der Gruppierungen im Gemeinderat und dem FW-Landtagskandidaten Dr. Peter Bauer aus Sachsen bei Ansbach.

Abschließend sei noch vermerkt, wie die Fränkische Landeszeitung ihren Bericht zwei Tage später überschrieb: „Erfolgreiche Entwicklung „politischer Exoten“, Untertitel: „Gäste und Redner zogen Bilanz - Heute ernst zu nehmende Kraft im Parteienspektrum“!

Das auf kommunaler Ebene Erreichte nun auf der Landesebene fortführen

Das von den Freien Wählern auf kommunaler Ebene Erreichte müsse nun auf der Landesebene fortgeführt werden, forderte der schwäbische FW-Bezirksvorsitzende Josef Rid auf der Bezirksversammlung in Gundelfingen. Auch die beiden schwäbischen FW-Landräte Leo Schrell (Gundelfingen) und Johann Fleischhut (Ostallgäu) betonten einstimmig, dass nun der Zeitpunkt gekommen sei, die Arbeit für die Bürger in das bayerische Landesparlament einzubringen. Der stellvertretende FW-Landesvorsitzende Fleischhut forderte dazu von den FW auf allen Ebenen noch mehr tagespolitischen Einsatz. „Wir sind die Freien Wähler und haben den Auftrag, uns für die Bürger in allen politisch-kulturellen Bereichen des Landes einzusetzen“, so Fleischhut. An die Aussage des stellvertretenden Landesvorsitzenden, dass es



Sie freuten sich über die gelungene Bezirksversammlung der FW Schwaben in Gundelfingen (v. li. N. re.): Josef Graubmann, Vorsitzender Junge Freie Wähler Bayern, Edelbert Reile, Stadtvorsitzender der FW Gundelfingen, Michael Holzinger, Bürgermeister von Bissingen, Leo Schrell, Landrat von Dillingen, Josef Rid, Bezirksvorsitzender und FW-Bezirksrat, Johann Fleischhut, stellvertretender FW-Landesvorsitzender und Landrat im Ostallgäu sowie Erhard Friegel, Bürgermeister von Holzheim sowie Kreisrat und Kreisvorsitzender der FW Dillingen

Deutschland nur gut gehe, wenn es auch den Landkreisen und Kommunen gut gehe, knüpfte Schrell an. Mit Blick auf die finanziellen Belastungen der Kommunen forderte er die übergeordneten politischen Stellen auf, mit Reformen neue Rahmenbedingungen zu

schaffen. Es genüge nicht, einen Bundes- oder Landeshalt PR-gerecht zu sanieren, indem man Belastungen auf Landkreise und Kommunen abwälze. „Wir brauchen einen Befreiungsschlag aus dieser Situation“ forderte der Dillinger Landrat deshalb mit Nachdruck.

Berichtigung

In der letzten Ausgabe des freien Wählers wurde im Beitrag über die Eröffnung der neuen BKB-Geschäftsstelle in Thurnau die Telefon- mit der Faxnummer vertauscht.

Richtig ist:

Sie erreichen Frau Förster in der BKB-Geschäftsstelle telefonisch unter der Rufnummer **0 92 28 - 9 96 95 66** und per Fax unter **0 92 28 - 9 96 95 67**. Die Emailadresse lautet **bkb-bayern@t-online.de**.

Wasser ist nicht gleich Wasser

Von Leo Schrell, Landrat des Landkreises Dillingen

Über 93 Prozent des Trinkwassers in Bayern wird aus gut geschütztem Grund- und Quellwasser gewonnen. Die sehr hohe Qualität des abgegebenen Trinkwassers in Bayern ist unstrittig. Obwohl der Bedarf seit einigen Jahren leicht rückläufig ist, werden in Bayern immer noch ca. 770 Millionen Kubikmeter Trinkwasser pro Jahr an die Verbraucher abgegeben. Im Durchschnitt kostet ein Kubikmeter Trinkwasser rund 1,30 Euro und damit etwa 0,50 Euro weniger als im Bundesdurchschnitt.

Aus den öffentlichen Wasserversorgungsanlagen werden mehr als 98 Prozent der Bevölkerung Bayerns versorgt. Die übrige Versorgung erfolgt durch private Hausbrunnen. Der Tagesverbrauch pro Einwohner im Umfang von ca. 130 Litern wird somit weitestgehend von den rund 2.500 Wasserversorgungsunternehmen bewerkstelligt. Diese Zahl lässt erkennen, dass die Wasserversorgung in Bayern sehr dezentral strukturiert ist und in erster Linie ortsnahe Wassergewinnungen genutzt werden.

Im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger muss es das Ziel der kommunalen Wasserversorger sein, eine sichere Versorgung mit bestmöglicher Qualität zu gewährleisten. Die kostendeckende Wasserbezugsgebühr muss nicht nur in den Ballungsräumen, sondern auch im ländlichen Raum sozial verträglich sein. Um diese hervorragende Versorgungsstruktur auch



in Zukunft gewährleisten zu können, ist es wichtig, den Rohstoff Wasser auch künftig aus wirksam geschützten, ortsnahen Grundwasservorkommen zu gewinnen. In diesem Zusammenhang bringt das Bayerische Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen klar zum Ausdruck, dass tiefere Grundwasservorkommen als Zukunftsreserve geschont werden sollen.

Aus obigen Gründen wird es auch künftig unumgänglich sein, flächendeckenden Grundwasserschutz zu betreiben. Deshalb wurden bereits in den vergangenen Jahren zahlreiche Wasserschutzgebiete überprüft. Dabei strebt das Ministerium eine Vergrößerung der Wasserschutzgebiete von derzeit

3,5 Prozent auf rund fünf Prozent der Landesfläche an.

Daraus entstehende Konflikte mit den betroffenen Grundstückseigentümern müssen nach meinem Dafürhalten in der Weise gelöst werden, dass für Grundstückseigentümer keine finanziellen Nachteile entstehen. Neben der Vergrößerung der Wasserschutzgebiete ist die Sicherung von wasserwirtschaftlichen Vorrang- und Vorbehaltsgebieten in der Regionalplanung ein ergänzendes Schutzkonzept. Damit kann den Gemeinden bei der Ausweisung von großflächigen Wasserschutzgebieten eine wirksame Planungs- und Verfahrenshilfe gewährt werden. Dies scheint mir auch sehr notwendig zu sein, weil bereits in vielen Bereichen des Freistaates und darüber hinaus deutlich feststellbar ist, dass private Unternehmen ein gesteigertes Interesse an der Übernahme von Wasserversorgungsanlagen haben.

Dieser Bereich der Daseinsvorsorge sollte allerdings in den Händen der kommunalen Wasserversorger bleiben. Betriebliche Kooperationen von Wasserversorgungsunternehmen mit privaten Unternehmen zur Erzielung von Synergieeffekten sind durchaus zu empfehlen. Eine vollständige Privatisierung verbietet sich aber allein schon deshalb, weil Wasser unser wichtigstes Lebensmittel ist und die Entscheidungen darüber nicht einem privaten Monopol überlassen werden dürfen.